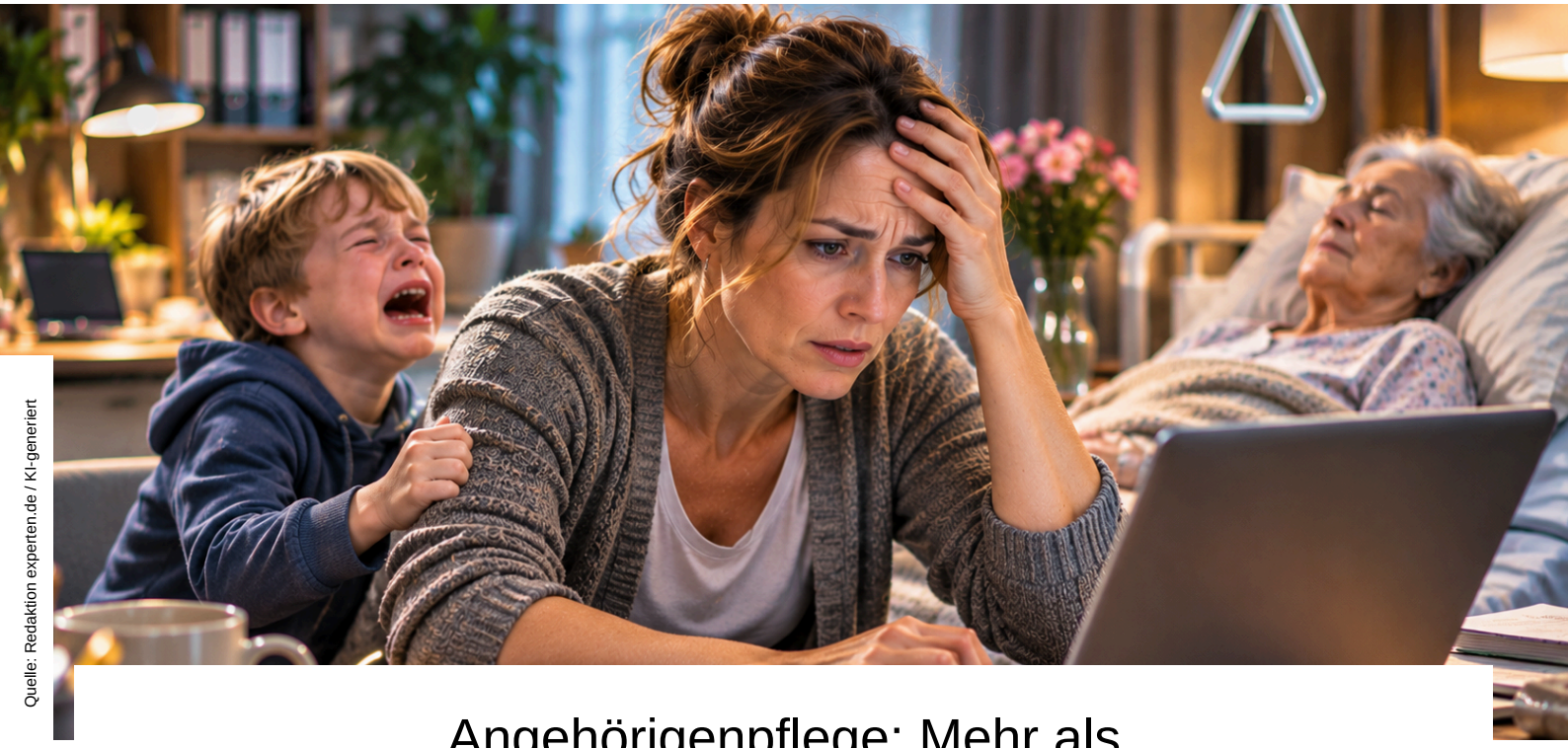
expertenReport



Quelle: Redaktion experten.de / KI-generiert

Angehörigenpflege: Mehr als jeder Vierte tritt im Beruf kürzer

Michael Fiedler

Jeder zehnte Erwerbstätige zwischen 25 und 64 Jahren betreut regelmäßig erwachsene Angehörige. Mehr als ein Viertel der Betroffenen verändert deshalb seine Arbeitssituation, wie neue Zahlen des Statistischen Bundesamtes zeigen. Zum Auftakt des Deutschen Pflegetags rückt damit eine Belastung in den Mittelpunkt, die in der Debatte über die Finanzierung der Pflegeversicherung leicht übersehen wird.

Besonders häufig betroffen: Erwerbstätige ab 55 Jahren

Am stärksten ist die familiäre Betreuungsverantwortung unter älteren Erwerbstätigen verbreitet. Bei den 55- bis 64-Jährigen kümmern sich 17 Prozent regelmäßig um erwachsene Angehörige. In der Altersgruppe von 45 bis 54 Jahren sind es zwölf Prozent. Unter den 25- bis 34-Jährigen liegt der Anteil dagegen bei vier Prozent. Destatis berücksichtigt dabei nicht ausschließlich pflegerische Tätigkeiten im engeren Sinne. Zur Betreuung zählen auch regelmäßige Hilfen beim Einkaufen, Kochen oder bei organisatorischen Angelegenheiten für kranke, pflegebedürftige oder behinderte Angehörige ab 15 Jahren. In den meisten Fällen leben die unterstützten Personen nicht im selben Haushalt. Sieben Prozent der Erwerbstätigen betreuen Angehörige außerhalb des eigenen Haushalts, weitere drei Prozent unterstützen Angehörige oder Partner im gemeinsamen Haushalt. Eine besondere Belastung entsteht, wenn mehrere familiäre Verpflichtungen zusammentreffen. Vier Prozent der 35- bis 54-jährigen Erwerbstätigen kümmern sich gleichzeitig um Kinder und erwachsene Angehörige. Damit stehen sie vor der Aufgabe, Beruf, Kinderbetreuung und Angehörigenpflege miteinander zu vereinbaren.

Frauen passen ihre Erwerbstätigkeit häufiger an

Die Betreuungsarbeit ist zwischen Frauen und Männern ungleich verteilt. Zwölf Prozent der erwerbstätigen Frauen zwischen 25 und 64 Jahren kümmern sich regelmäßig um erwachsene Angehörige. Unter den Männern sind es acht Prozent. Auch der zeitliche Aufwand unterscheidet sich. Von den erwerbstätigen Frauen mit Betreuungsaufgaben investieren 36 Prozent mindestens zehn Stunden pro Woche in die Unterstützung ihrer Angehörigen. Bei den Männern sind es 29 Prozent. Insgesamt leistet ein Drittel der betreuenden Erwerbstätigen mindestens zehn Stunden Unterstützung pro Woche – zusätzlich zu seiner

beruflichen Tätigkeit. Die Auswirkungen auf den Beruf sind ebenfalls unterschiedlich: Während 33 Prozent der betroffenen Frauen ihre Arbeitssituation wegen der Betreuung verändern, sind es bei den Männern 22 Prozent. Besonders deutlich wird das bei der Teilzeitbeschäftigung. Von den erwerbstätigen Frauen, die Angehörige betreuen, arbeiten 59 Prozent in Teilzeit. Unter Frauen ohne entsprechende Betreuungsaufgaben liegt der Anteil bei 48 Prozent. Bei Männern beträgt die Teilzeitquote 15 Prozent mit und zehn Prozent ohne Betreuungsaufgaben. Die Unterschiede zeigen einen Zusammenhang zwischen familiärer Betreuung und Erwerbsumfang. Aus den Teilzeitquoten allein lässt sich allerdings nicht ableiten, dass sämtliche Unterschiede unmittelbar durch die Angehörigenpflege verursacht werden.

Arbeitszeit reduzieren, Schichten verschieben, Homeoffice nutzen

Wie Erwerbstätige ihren Berufsalltag konkret verändern, hat Destatis ebenfalls untersucht. 13 Prozent der betreuenden Erwerbstätigen haben ihre Arbeitszeit vorübergehend reduziert. Weitere sechs Prozent arbeiten zu anderen Zeiten, ohne ihre Stundenzahl zu verändern. Vier Prozent nutzen vorübergehend häufiger das Homeoffice. Fünf Prozent haben ihre Arbeitssituation auf andere Weise angepasst, beispielsweise durch einen Arbeitsplatz- oder Arbeitgeberwechsel. Damit bedeutet die Betreuung eines Angehörigen nicht zwangsläufig einen Rückzug aus dem Beruf. Häufig versuchen die Betroffenen zunächst, ihre Arbeitsorganisation flexibler zu gestalten. Wo das nicht möglich ist, kann die Pflegeverantwortung jedoch unmittelbar zulasten der verfügbaren Arbeitszeit gehen. Für die Betroffenen kann das finanzielle Konsequenzen haben. Wer weniger arbeitet, verdient in der Regel weniger und erwirbt unter Umständen geringere Rentenansprüche. Auch für Arbeitgeber entsteht eine Herausforderung: Die Vereinbarkeit von Beruf und Angehörigenpflege wird angesichts der alternden Bevölkerung zunehmend zu einer Frage der Personalplanung.

Pflegekommission sucht Lösungen für ein Milliardenproblem

Die neuen Destatis-Zahlen erscheinen zu einem Zeitpunkt, an dem die Finanzierung der sozialen Pflegeversicherung erneut unter erheblichem Druck steht. Wie experten.de Anfang November berichtete, benötigt die Pflegeversicherung trotz eines bereits vorgesehenen Bundesdarlehens von 3,2 Milliarden Euro zusätzliche Mittel, um ihre Verpflichtungen bis zum Jahresende erfüllen zu können. Für 2027 steht ein Defizit von rund 7,6 Milliarden Euro im Raum. Die am 27. Oktober gestartete Pflegestrukturkommission soll bis Ende Januar 2027 Vorschläge für eine nachhaltige Finanzierung und bessere Versorgungsstrukturen erarbeiten. Dabei geht es nicht nur um die Frage, wie zusätzliche Einnahmen erschlossen oder Ausgaben begrenzt werden können. Entscheidend ist auch, welche Unterstützung Pflegebedürftige und ihre Familien künftig tatsächlich erhalten. Denn die finanziellen Belastungen der Pflegeversicherung bilden nur einen Teil der gesamtwirtschaftlichen Kosten ab. Bereits eine Analyse der Bertelsmann Stiftung und von Prognos hatte gezeigt, dass durch Angehörigenpflege Erwerbsarbeit in erheblichem Umfang eingeschränkt wird. Das betroffene Arbeitsvolumen entspricht rechnerisch rund 184.000 Vollzeitstellen. Die neuen Destatis-Zahlen ergänzen diese Perspektive: Sie zeigen, wie verbreitet die familiäre Betreuungsverantwortung unter Erwerbstätigen ist und auf welche Weise sie deren Arbeitsalltag verändert.

Leistungskürzungen könnten Familien zusätzlich belasten

Die Frage nach der künftigen Verteilung der Pflegekosten gewinnt auch durch die politische Reformdebatte an Bedeutung. Bundesgesundheitsminister Carsten Linnemann hatte Ende Oktober Einsparungen in der Pflegeversicherung gefordert und Leistungskürzungen nicht ausgeschlossen. Welche Leistungen gegebenenfalls betroffen wären, ist bislang offen. Eine Einschränkung gesetzlicher Leistungen könnte jedoch dazu führen, dass Pflegebedürftige und ihre Angehörigen zusätzliche Aufgaben selbst übernehmen oder privat finanzieren müssen, sofern keine anderen Hilfen zur Verfügung stehen. Das wäre nicht nur eine Frage der Pflegekosten. Wenn Angehörige mehr Zeit für Betreuung aufbringen müssen, kann dies auch ihre Erwerbstätigkeit beeinflussen. Ob und in welchem Umfang solche Folgen eintreten würden, hängt von der konkreten Ausgestaltung möglicher Reformmaßnahmen ab. Die Pflegebevollmächtigte der Bundesregierung, Katrin Staffler, hatte bereits zum Start der Pflegestrukturkommission davor gewarnt, die Reform auf Leistungskürzungen zu verengen. Sie fordert vielmehr, die bestehenden Versorgungsstrukturen stärker in den Blick zu nehmen.

Pflegetag rückt die Zukunft der Versorgung in den Mittelpunkt

Am 12. und 13. November 2026 diskutieren Fachleute beim Deutschen Pflegetag in Berlin über die Zukunft

der pflegerischen Versorgung. Der Kongress steht unter dem Motto „Pflege wirkt“. Die Destatis-Zahlen erweitern diese Diskussion um die Perspektive der erwerbstätigen Angehörigen. Denn die Frage, wie Pflege künftig organisiert und finanziert werden soll, betrifft nicht nur Pflegeeinrichtungen, Versicherte und Beitragszahler. Sie betrifft auch Menschen, die regelmäßig Angehörige unterstützen und dafür ihren Berufsalltag umstellen. Eine tragfähige Pflegereform muss das berücksichtigen.

Versicherungs- und Finanznachrichten

expertenReport

https://www.experten.de/id/4953002/Pflegende-Angehoerige--Deutscher-Pflegetag/